„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Die Grundursache der Weltdepression

Wenn man die englischen Blätter des canadischen Westens, einschließlich der Farmerorgane, regelmäßig liest, entdeckt man verschiedenartige Meinungen über die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, die nicht nur Canada, sondern die ganze Welt in ihren Bann gezogen hat. Doch nur höchst selten oder fast nie wird das Grundübel genannt, auf das all die Erschütterungen und Störungen zurückzuführen sind, unter denen wir alle und namentlich unsere westcanadische Farmbevölkerung in bitterster Weise leiden. Ohne Ruhmredigkeit kann „Der Courier" von sich behaupten, daß er schon oft und immer wieder auf die Kernursache der Depression aufmerksam gemacht hat. Unsere werten Leser sollten folglich darüber hinreichend unterrichtet und aufgeklärt sein. Leider gibt es aber noch Hunderttausende von jenen, die keine deutsche Zeitung lesen können und folglich auch über ein Hauptproblem und den wundesten Punkt der gegenwärtigen Weltkrise im Dunkeln bleiben, weil die englisch-canadische Presse nur gelegentlich und dann meist nur in einem versteckten Zeitungswinkel die Aeußerung eines klardenkenden Politikers oder Volkswirtschaftlers darüber veröffentlicht. Doch wo fand sich bisher ein englisch-canadischer Redakteur, der die Nasen seiner geschätzten Leser auf die Grundursache stieß, nämlich auf das Reparations- und Kriegsschuldenproblem?

Umso mehr ist es zu begrüßen, daß ein prominenter Canadier wie Right Honorable **Sir Thomas White,** der von 1911-1919 (also in der Kriegszeit) canadischer Finanzminister war, in der großen Torontoer Zeitung „The Mail and Empire" vom 5. Febr. 1931 in einem kurzen Artikel, begleitet von einem selbstverfaßten Gedicht, den Finger auf die große Wunde der Weltwirtschaft legt.

*

Sir Thomas White schreibt (in wortgetreuer Uebersetzung) an „The Mail and Empire" folgendes:

„Der Unterzeichnete glaubt, **daß die internationalen Kriegsschulden und Reparationen in weitgehendem Maße für die gegenwärtige weltwirtschaftliche Depression verantwortlich sind.** Sie haben wohl bemerkt, daß einige hervorragende Bankiers der Vereinigten Staaten und Großbritanniens kürzlich eine ähnliche Ansicht geäußert haben. In der Hoffnung, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Bedeutung dieser Sache in auffallenderer Weise als in Prosa hinlenken zu können, habe ich die beigefügten Verse geschrieben. Diese sollen am 1. Februar auch in London und New York veröffentlicht werden.

„Wenn Sie das Gedicht als zur Veröffentlichung geeignet ansehen, bringen Sie es mit meinen Empfehlungen. Ich hatte stets das Empfinden, daß der einzig wirksame Appell an das amerikanische Volk in der Angelegenheit der Revision der Kriegsschulden (womit auch eine Ermäßigung der deutschen Reparationszahlungen erfolgen würde) sich an seinen Idealismus richten muß, und in diesem Geist würden die Verse geschrieben. **Die deutschen Reparationszahlungen sind eine der Hauptursachen für die stetig zunehmenden Rüstungen in Europa gewesen. Die Reparationen derursachen in Deutschland weitverbreiteten Mangel und Elend. Sie haben auch als sehr ernster Faktor zur Depression in der britischen Kohlenindustrie und anderen Industriezweigen und zur Einführung europäischer Zolltarife gegen Weizen und andere Produkte geführt.**

„Ihre Wirkung ist von allen Nationen im Ausfuhrhandel und in der allgemeinen Geschäftslage stark verspürt worden. Hinsichtlich der Verschuldung Großbritanniens und anderer europäischer Nationen gegenüber den Vereinigten Staaten geht meine Ueberzeugung dahin, daß die letzteren, allein schon vom Standpunkte ihres wirtschaftlichen Interesses aus, durch Streichung oder drastische Revision beträchtlich gewinnen würden. In nicht ferner Zukunft muß die ganze Frage der Kriegsschulden und Reparationen **einer ganz ernsten internationalen Neuerwägung unterzogen werden."**

*

Soweit Sir Thomas White. Nun möchten wir auch gerne das der Zuschrift beigefügte Gedicht in deutscher Sprache wiedergeben. Doch verursacht die Uebersetzung bedeutende Schwierigkeiten. Ja, man kann es als unmöglich bezeichnen, das englische Gedicht von Sir Thomas White in deutschen Reim mit der gleichen Wirkung wie in der englischen Fassung zu übertragen. Wir lassen daher die Verse in englischer Sprache folgen, insbesondere auch aus einem ganz bestimmten Grund. Wir möchten unseren werten Courierlesern empfehlen, **dieses englische Gedicht auszuschneiden und es ihren englischen Mitbürgern vorzulegen.** Manchem dämmert es vielleicht doch, daß die Frage der deutschen Reparationen ein sehr ernstes Problem ist, das auch im Interesse der wirtschaftlichen Erholung Canadas gelöst werden sollte.

*

THE WAR DEBTS

By Right Hon. Sir Thomas White, K.C.M.G.
(Minister of Finance of Canada 1911-19)

Oh, war debts and reparations,
You're a blight on all the nations,
You embitter their relations;
You're the chief of all causations
Of their woes and tribulations,
Of the problems that perplex them,
Of the ills that grieve and vex them,
Of the burdens that oppress them,
And the sufferings that distress them,
The anxieties that fret them,
And the dangers that beset them!
You have caused world-wide privation,
Unemployment, want, starvation,
Trade and industry stagnation;
You have caused humiliation,
Hatred and recrimination,
Anger and denunciation,
Vehement expostulation,
Armament; war preparation!

Let us with sincere intention
Call forthwith a world convention,
With no national abstention,
For the sake of war-prevention,
To remove this grave contention,
And save future intervention;
For the sake of world salvation,
Welfare and conciliation,
Peace and rehabilitation,
By a great renunciation,
Sacrifice and abnegation,
With profound commiseration
Touching men's imagination,
Bring about emancipation,
Debt release and cancellation,
Make an end of reparations,
Lift the yoke that bows the nations!

*

Zum besseren Verständnis des Gedichtes sei **dessen Inhalt kurz in deutscher Sprache wiedergegeben:** Die Kriegsschulden und Reparationen verbittern die Beziehungen zwischen allen Nationen, sind die Hauptursache aller Schwierigkeiten, aller lästigen Probleme, aller Uebel, Lasten, Leiden, Sorgen und Gefahren. Die Reparationen haben Entbehrungen, Arbeitslosigkeit, Elend, Stockung in Handel und Industrie, Demütigung, Haß, Erregung, Anfeindung, Rüstungen und Kriegsvorbereitungen hervorgerufen. Daher möge man in ehrlicher Absicht eine Weltkonvention einberufen, um einen weiteren Krieg zu verhüten, den ernsten Streitfall aus der Welt zu schaffen, um die Welt zu retten, Frieden und Versöhnung, Wohlstand und Wiederaufbau zu ermöglichen durch einen allgemeinen Verzicht auf die Reparationen. Durch Schuldennachlaß und Schuldentreichung mache man den Reparationen ein Ende und beseitige das Joch, das die Völker zu Boden drückt.

Würde die Erkenntnis der inneren Zusammenhänge zwischen der Reparationsfrage und der gegenwärtigen Weltdepression noch weitere Kreise ziehen, würden insbesondere die großen Staatsmänner und Volkswirtschaftler, gestützt auf eine starke öffentliche Meinung, an die endgültige Lösung des Problems ernsthaft herantreten, dann würden wir alle wieder besseren Zeiten entgegensehen.

Deutschland nicht schuldig

Die Tageszeitung „The Washington Daily News" brachte am 20. Januar einen erfreulichen Leitartikel über die Kriegsschuld. Sie sagte unter anderem das Folgende:

"The overwhelming majority of the experts of the war guilt question, whether in Germany or in Entente states, hold that the chief guilt for 1914 rests on Serbia, France and Russia."

Zu Deutsch: „Die überwältigende Mehrheit der Fachleute in der Kriegsschuldfrage, ob in Deutschland oder in Ententestaaten, sind der Meinung, daß die Hauptschuld für 1914 auf Serbien, Frankreich und Rußland fällt."

Damit wären wir also im Jahre des Herrn 1931 endlich in der Bundeshauptstadt in der Tagespresse bei dem, was die Leser dieser Zeitung immer behauptet haben und wofür viele bitter haben leiden müssen.

Ein „French Veteran" (der nicht wagt, seinen Namen zu nennen!) protestierte sofort (23. Januar) an die Zeitung (ähnliche Proteste gegen mißliebige Auffassungen der Tagespresse wurden von 1914 bis 1917 einfach nicht aufgenommen), und was hat er zu antworten? Er sagt, wenn die Deutschen den Krieg gewonnen hätten, (er meint weiterhin unbelästigt in Frieden hätten wirken können), würden sie Herren der Welt geworden sein. Also da liegt der Hase im Pfeffer. Der „Veteran" gibt indirekt zu, daß man Deutschland um seine Macht und Blüte beneidete. Es durfte doch nicht Herr der Welt werden! Das wäre ja unerhört! Deutschlands Schuld bestand also nur darin, daß es fleißig, tüchtig, sparsam, strebsam, erfolgreich war! Der „Veteran" fragt dann hochmütig und in Unwissenheit an, wer wohl die amerikanischen, belgischen, französischen und italienischen Fachleute sind, die Deutschland von Alleinschuld freisprechen. Er braucht nur in eine gute Bibliothek zu gehen, wenn er diese Auskunft haben will. Allerdings hat er heute wieder, wie er selbst sagt, General Pershing auf seiner Seite. Aber ist Pershing, als General, ein Fachmann, Historiker, in diesen Fragen?

Washington Journal.

Weltumschau

Reichstag beschränkt Redefluß. In einer viestündigen Reichstagssitzung suchten die deutschen Oppositionsparteien wiederum durch ihr altbekanntes Manöver mit Lärm und Verlassen des Sitzungssaales bei Abstimmungen eine Beschlußfassung der Versammlung unmöglich zu machen. Unter wiederholten Zwischenrufen verlas Dr. Johannes Bell, Zentrum, den Gesetzentwurf für eine neue Reichstagsordnung der schließlich nach dem Hinausmarschieren der Obstruktion mit 303 Stimmen angenommen wurde. Bei seiner erläuternden Rede führte er aus, daß die neue Ordnung einer überschwänglichen Redefreudigkeit Einhalt bieten, ferner einen Mißbrauch der parlamentarischen Immunität und die Einbringung solcher Gesetzentwürfe verhindern solle, die über die Gelder des Steuerzahlers verfügen, ohne den Weg zu zeigen, wie die erforderlichen Summen aufgebracht werden können.

Im Laufe der Debatte wurden zwei kommunistische Mitglieder von der Polizei entfernt, wovon der eine auf dem Pult des Reichstagspräsidenten einen Helm und einen Gummiknüppel als Symbol für das „Knüppelparlament" niedergelegt hatte.

Verschiedentlich suchten die Nationalsozialisten und Kommunisten durch Verlassen des Sitzungssaales den Reichstag beschlußunfähig zu machen, was ihnen jedoch nur in einem Falle gelang, wo sich die Reichsparteien ihrem Vorhilde anschlossen. Oft wurde die Forderung nach namentlicher Abstimmung erhoben.

England warnt Frankreich und Italien. Zum zweiten Male in einer Woche hat A. V. Alexander, der Erste Lord der englischen Admiralität, zu verstehen gegeben, daß die britische Arbeiterregierung über die Flottenbau-Programme anderer Nationen Besorgnis empfindet. „Wir haben für Abrüstung plädiert," sagte Alexander in einer Rede. „Ich glaube, daß man in der Abrüstung auch zu schnell vorgehen kann, wenn man nicht andere Länder Europas gewinnen kann, im gleichen Tempo zu gehen. Sie werden in unseren Flottenausgaben eine stetige Abnahme feststellen, in denen fast eines jeden anderen Landes aber eine stetige Zunahme beobachten können. Man muß beginnen, sich zu fragen, ob das eine gesunde Politik ist."

Vor einigen Tagen erklärte Alexander im Unterhause, daß Großbritannien sein Flottenbau-Programm wiedererwägen müsse, wenn Italien und Frankreich fortfahren, ihre Bauten zu vermehren. Während das britische Flottenprogramm, nach den gewöhnlichen Ersatzbauten, nur den Bau von 46,000 Tonnen vorsieht, hat Frankreich 100,684 Tonnen und Italien 100,777 Tonnen im Bau.

Der Erste Lord der Admiralität führte aus, daß die britischen Ersatz- und Neubauten sich erheblich unterhalb der Grenze bewegen, die nach dem Londoner Flottenabkommen zulässig sei.

MacDonald wieder erfolgreich. Wie vor einigen Tagen bei der Wahlreformvorlage, errang bei der Regierungsvorlage für Neuregelung des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse das Ministerium MacDonald einen Sieg im Unterhause mit Hilfe der Liberalen. Die Vorlage gelangte in zweiter Lesung mit 258 gegen 213 Stimmen, also mit 45 Stimmen Mehrheit, zur Annahme.

Wenn diese Vorlage endgültig angenommen sein und Gesetz werden wird, dann wird sie den Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in England in revolutionärer Weise ausgestalten. Sie bestimmt, daß von den Landwirten zu erwählende Behörden eingesetzt werden sollen, welche den ganzen Handel mit Milch, Getreide, Kartoffeln, Geflügel, Eiern, Obst, Hopfen und Wolle kontrollieren und von Handelssyndikaten praktisch durchführen lassen werden. Damit keine Monopolwirtschaft und Ausbeutung der Konsumenten entstehen kann, wird der Landwirtschaftsminister den Betrieb des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen überwachen. Der Zweck der Vorlage ist die Beseitigung des Zwischenhandels, um einerseits den Landwirten bessere Erträge ihrer Arbeit, andererseits den Hausfrauen billigere Einkaufspreise ihrer Lebensmittel zu verschaffen.

Mordplan gegen Mussolini. Michele Schirru, ein naturalisierter amerikanischer Bürger von Sardinien, wird sich vor einem italienischen Sondertribunal auf die Beschuldigung zu verantworten haben, ein Bombenattentat auf Premier Mussolini geplant zu haben. Im Falle einer Ueberführung erwartet ihn die Todesstrafe durch Schuß in den Rücken.

Schirru wurde nach einem Kampfe mit der Polizei, während dem er drei Polizisten verletzte und einen Selbstmordversuch machte, verhaftet und selbst schwerverletzt in ein Hospital geschafft. Nach Angaben der Polizei hat Schirru, der von seiner Verletzung genesen dürfte, den Attentatsplan eingestanden. Er sagt, daß er seit vielen Jahren Anarchist sei und letzten Sommer, während er in Paris weilte, den Beschluß faßte, Mussolini zu töten. Er sei damals nach Belgien gereist, wo er sich das Bombenmaterial verschafft habe.

In dem Hotel, in dem Schirru in Rom wohnte, fand die Polizei zwei Bomben, die sowohl durch Uhrwerkzündung wie durch Werfen zur Explosion gebracht werden konnten. Die Polizei erklärt, daß Schirru auf einem amerikanischen Paß reiste und in New York und Latein-Amerika gelebt hat. Eine Zeit lang soll er Korrespondent einer New Yorker Anarchistenzeitung „Hammer" gewesen sein.

Rußland und Paneuropa. Die Sowjetregierung hat die Einladung zur Beteiligung an den Erwägungen der Kommission, die mit Prüfung von Aristide Briands Paneuropa-Plan beauftragt ist, angenommen. Sowjet-Rußland ist von der Kommission eingeladen worden, an Wirtschaftsfragen mitzuwirken, obwohl es kein Mitglied des Völkerbundes ist, in dessen Rahmen die Kommission ihre Beratungen führen wird.

Zugleich mit der Annahme der Einladung hat Außenminister Litwinow das Generalsekretariat des Völkerbundes benachrichtigt, daß Rußland sich das Recht vorbehält, seine Haltung gegenüber den Erwägungen der Kommission zu bestimmen, sobald ein offizieller Umriß der Ziele und des Umfanges der Erwägungen der Kommission eingetroffen ist.

In einer Begleitnote zur Annahme der Einladung wird von Litwinow erklärt, zunächst müsse Friede in Europa hergestellt sein, bevor die Solidarität in wirtschaftlichen Angelegenheiten und auf anderen Gebieten sich schaffen ließe.

Fortfahrend sagt die Note: „Keine Regierung kann das Zugeständnis unterlassen, Falls kein Friede im allgemeinen und kein europäischer Friede, im besonderen erwirkt wird und die Ursachen einer Beeinträchtigung dieses Friedens nicht beseitigt werden, dann gibt es keine Hoffnung auf Verwirklichung irgendwelcher Bestrebungen in der Richtung auf Herstellung einer europäischen Solidarität weder in wirtschaftlicher Beziehung noch auf anderen Gebieten.

Auch die Frauen werden Sowjetsklaven. Die Sowjetregierung plant die Anstellung von vielen hunderttausend Frauen in Industriebetrieben, um dem gegenwärtigen ernsten Mangel an Arbeitskräften abzuhelfen. Nach Urteil der Behörden ist nur durch weitere Heranziehung von Frauenarbeit eine Lösung des schwierigen Problems möglich. Während Mütter an der Arbeit sind, sollen die Kinder unter Fürsorge des Staates gestellt werden.

Eine amtliche Kundgabe führt in Begründung des Planes aus: „Das Problem der Heranziehung von vielen hunderttausend Frauen zu industrieller Arbeit ist ein dringliches. Um dies Problem so schmerzlos wie möglich zu lösen, hat die Regierung in Gemeinschaft mit Gewerkschaften und anderen sozialen Organisationen eine Reihe von Maßnahmen vorbereitet, darauf gerichtet, Frauen von häuslicher Arbeit abzulösen und Kindern die notwendige Fürsorge zu verschaffen, während die Mütter an der Arbeit sind.

„Die wichtigsten Maßnahmen in dieser Hinsicht sind die Eröffnung einer großen Zahl neuer Pflegeanstalten, Ausdehnung des Netzwerks von Speiseräumen sowie Einrichtung von Wäschereien und anderen Betrieben, um Frauen von häuslicher Arbeit zu befreien."

Von der Regierung wird die Tatsache berücksichtigt, daß im verflossenen Jahre 71,000 Kinder verpflegt wurden, deren Zahl in diesem Jahre auf 171,000 anwachsen dürfte. Die Ausgaben für diesen Zweck würden von 27,000,000 Rubel auf 83,000,000 Rubel (41,500,000) steigen. Falls die bisherigen Einrichtungen für Kinderfürsorge sich als unzureichend erweisen, sollen nur die Kinder weiblicher Büroarbeiter verpflegt werden.

Eine andere geplante Maßnahme würde 370,000 jungen Mädchen Gelegenheit zur Ausbildung in Fabrik-Lehrlingsschulen geben. Derzeit sind 300,000 arbeitende Frauen Mitglieder von Gewerkschaften und, wie amtlich erklärt wird, sind ihre Lebensverhältnisse den männlichen Arbeitern gleichgestellt.

Aufhebung der Diktatur in Spanien. Nach mehr als sieben Jahren der Diktatur wurden jetzt den Bürgern Spaniens durch ein königliches Dekret, das für März Neuwahlen ansetzt, die verfassungsmäßigen Garantien zurückgegeben. Der Ausnahmezustand in Spanien dauerte seit dem 23. September 1923, als der inzwischen verstorbene Miguel Primo de Rivera die Diktatur erklärte. General Damaso Berenguer, der vor mehr als einem Jahre Primo de Rivera als Diktator folgte, behielt die Zurückgewährung der Verfassungsgarantien trotz häufiger Versprechen, Wahlen ansetzen zu wollen, weiter hin. Die Pressezensur wird ebenfalls offiziell aufgehoben.

Das Dekret des Königs setzt die Wahlen für die Deputiertenkammer auf den 1. März und die Senatorenwahl auf den 15. März fest. Es besagt, daß der König am 25. März das Parlament eröffnen wird. Es werden Freiheit der Rede und Schrift, Versammlungsrecht und politische Organisation während der Wahlkampagne wieder garantiert. Später soll das Parlament über die zukünftige Regierung entscheiden.

Das königliche Dekret gibt drei Gründe für die Wiederherstellung der Verfassungsgarantien an. Erstens die lange Abwesenheit parlamentarischer Regierung, zweitens das Vorhandensein „ernster Probleme" wie Arbeitsreformen und drittens die Notwendigkeit der Aenderung einiger Artikel der Verfassung von 1876.

Keine Hoffnung auf Frieden in Indien. Tiefe Bestürzung herrschte im Hauptquartier des indischen Nationalkongresses infolge der Antwort des Vizekönigs auf das kürzliche Schreiben des Nationalistenführers Mahatma Gandhi, in welchem dieser die Polizei harter Grausamkeit bei Unterdrückung der Teilnehmer an der gegenwärtigen Freiheitsbewegung beschuldigt hat. Die schwache Hoffnung auf Annahme von Ramsay MacDonalds Vorschlägen für eine bedingte indische Selbstregierung wird nunmehr als völlig geschwunden betrachtet.

Mitglieder des Arbeitskomitees des indischen Nationalkongresses, unter diesen Gandhi selbst, erblicken in der Antwort des Vizekönigs keinen Beweis dafür, daß die britische Regierung wirklich den Wunsch hege, Frieden mit dem Nationalkongreß zuwege zu bringen, ausgenommen unter den eigenen willkürlichen Bedingungen. Die Antwort des Vizekönigs wird als eine „schroffe und kühle amtliche Handlung" bezeichnet.

Die Hoffnungslosigkeit der Lage läßt sich aus der Tatsache entnehmen, daß viele Mitglieder des Arbeitskomitees des indischen Kongresses im Gespräch mit dem Vertreter der Associated Preß offen erklärten, sie erwarteten, binnen zwei Wochen wieder im Gefängnis zu sein. Gandhi selbst sagte, er sei durch das Schreiben des Vizekönigs peinlich enttäuscht.

Sir Tej Bahadur Sapru, der an der kürzlichen Konferenz in London teilgenommen hat, war vier Stunden lang in Unterredung mit Gandhi und anderen Mitgliedern des Arbeitskomitees. Soweit sich feststellen läßt, hat Sapru sich vergebens bemüht, die Nationalistenführer davon zu überzeugen, daß sie Englands Anerbieten akzeptieren sollten.

Unter den Umständen scheint die indische Lage seit Freilassung Gandhis und der anderen Führer aus dem Gefängnis und auch im Hinblick auf die Londoner Konferenz unverändert zu sein. Anzeichen sind vorhanden, daß der indische Nationalkongreß seine Kampagne des bürgerlichen Ungehorsams in ganz Indien in verschärfter Form wieder aufnehmen wird und die Folgen würden sein: neue Anklagen, Verhaftungen, Handelsrückgang und allgemeine Ungewißheit.

Ein angesehener Führer des Kongresses erklärte: „Nur eine plötzliche eingreifende Gesinnungsänderung der Delhi-Regierung kann die Lage noch retten. Wir haben aufgehört, von den britischen Behörden Aenderungen oder Wunder zu erwarten, weil sie ganz unfähig sind, Herz, Sinn und Stimmung der indischen Massen und ihre Unabhängigkeitsbewegung zu verstehen."

Das Goldverteilungsproblem. Eine Konferenz der Direktoren der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel und der Leiter der verschiedenen Notenbanken, die sich mit der Frage der Goldreserven befaßte, hat eine Entschließung angenommen, die einen Plan enthält, das Weltgoldproblem durch Ueberweisungen durch die internationale Bank zu lösen, ohne das Metall selbst zu verschiffen.

Internationale Finanziers haben sich seit einiger Zeit mit der Frage beschäftigt, wie das gelbe Edelmetall von Ländern wie Frankreich und Amerika, die den größten Teil des Bestandes der Welt aufgesammelt haben, zum Abfluß nach anderen Ländern gebracht werden kann. Der Vorschlag geht anscheinend dahin, daß Goldbestände bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich deponiert werden sollen, sodaß, wenn Goldverschiebungen von einem Lande nach einem anderen notwendig werden, dieses durch einfache Umbuchung erfolgen kann, da das Gold bereits in den Tresoren der Weltbank liegt, bei dem beide Länder ein Konto besitzen.

Die Entschließung hat folgenden Wortlaut: „Wenn eine staatliche Zentralbank von der Zentralbank eines anderen Landes im Zusammenhang mit Goldverschiebungen oder Devisentransaktionen Zahlungen zu erhalten hat, wird die Bank, wenn möglich, die betreffende andere Bank benachrichtigen, daß die Bank für internationalen Zahlungsausgleich ihre Eigentumsbank ist." Auf diese Weise würden einfache Belastungen oder Gutschriften in den Büchern der internationalen Bank die hohen Unkosten für Versicherung und Transport erübrigen, die mit Goldverschiebungen verbunden sind.

Der Plan ist zuerst auf einer Konferenz am 19. Januar vorgeschlagen und seither im kleinen Maßstabe versuchsweise worden. Seit der ersten Anregung sind 40,000,000 Schweizerfranken Gold zwischen den Notenbanken verschiedener Länder verrechnet worden, ohne daß ein tatsächliche Verschiffung des Metalls stattfand.

Die Teilnehmer an der heutigen Konferenz waren: Gates W. McGarrah, der amerikanische Präsident der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, Leon Fraser, der amerikanische, und Pierre Quesnay, der französische Vizepräsident der Bank und die nachfolgenden Vertreter der Notenbanken: Clement Moret von Frankreich, Montagu Norman und Sir Charles Addis von England, Reichsbankpräsident Dr. Hans Luther von Deutschland, Vincenzo Azzolini von Italien und Paul van Zeeland von Belgien.

Weizenspekulation und Landwirtschaftsnot

Französ. Ackerbauminister will Einfuhrmengen Frankreichs bekanntgeben

Paris. — Der französische Ackerbauminister Andree Tardieu hat dem Vernehmen nach die Absicht, um Spekulation in Weizen zu verhindern, gleichzeitig in allen großen Weizenmärkten der Welt Frankreichs Importerfordernisse für das Jahr 1931 bekannt zu geben.

Der Premier hat bislang keine diesbezügliche Erklärung abgegeben. In Beantwortung von Anfragen in der Deputiertenkammer sagte er jedoch, daß die Regierung entschlossen sei, im Rahmen der Möglichkeit jede Spekulation in Weizen zu verhindern. Wenn Tardieu seinen Plan ausführt, so dürfte die Ankündigung gleichzeitig in Chicago, Winnipeg, Buenos Aires, Bukarest und Paris erfolgen.

Die offizielle Uebersicht über die Weizenernte Frankreichs ist noch nicht vollendet und es ist dem Ministerium daher im Augenblick noch nicht möglich, vorauszusagen, was die Differenz zwischen Produktion und Bedarf sein wird. Im letzten Jahre betrug sie ungefähr 10 Prozent des Gesamtkonsums. Bis heute vorliegende Schätzungen deuten an, daß der Prozentsatz im Jahre 1931 größer sein wird. Man erwartet, daß die amtlichen Ziffern in einigen Tagen ausgegeben werden.

Am 23. Februar werden Vertreter der Weizenexport-Länder von Mittel- und Osteuropa in Paris zusammentreten, um die Weizen-Situation in Europa zu besprechen.

Keine Hilfe für Landwirte Portugals

Lissabon. — In Antwort auf den Appell des Landwirtschaftlichen Nationalverbandes, daß die Regierung Schritte zur Unterstützung der Bauern ergreife, erklärte Ackerbauminister Oberst Linares Lima, daß die Regierung der Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit ihre größte Aufmerksamkeit widme. Der Minister fügte jedoch hinzu, daß die Lage der Landwirte auf Ursachen zurückzuführen sei, über die die Regierung keine Kontrolle habe. Er wies darauf hin, daß die gleichen Verhältnisse auch in anderen Ländern bestehen, in denen Millionen von Menschen arbeitslos sind.

Der Verband hatte die Regierung ersucht, die jährliche Einfuhr von Weizen im Werte von $2,000,000 zu verbieten. Weitere Forderungen waren, daß Portugal, mit Ländern handele, die seine Produkte kaufen und daß man von Frankreich eine Milderung des Gesetzes gegen Import billiger Weine verlange.

Brotkrawalle auf Madeira.

Funchal, Madeira. — Die Bewohner Funchals kämpften um ihr tägliches Brot und trugen einen Sieg davon, obgleich mehrere Streiker und einige Polizisten verletzt wurden. Der Streik entstand als Protest gegen eine Regierungsverfügung über Weizen und Mehl, durch die der Preis von Brot verteuert wurde. Während der Streik bislang friedlich verlaufen war, fanden Zusammenstöße zwischen Streikern und der Polizei statt. Die wütende Menge drang schließlich in einige Mühlen ein und begann, die Maschinerie zu zerstören. Der Gouverneur verfügte schließlich eine Suspendierung der Verordnung.

An vergiftetem Brot gestorben

Brownwood, Texas. — Der 60jährige Farmpächter H. A. Jones ward als drittes Mitglied einer Familie von sieben Personen infolge des Genusses von vergiftetem Brot, der letzten Nahrung, die sich im Hause befand, und als Frühstück diente. James war in letzter Zeit ohne Arbeit, und der Lebensmittelvorrat der Familie ging zu Ende. Die Behörde versucht festzustellen, wer das Gift in das hausgemachte Brot brachte. Sie beschlagnahmte zu dem Zweck eine leere Backpulverdose, deren Inhalt zur Brotbereitung verwendet war. Von der Familie ward der achtjährige Hillary und der sechsjährige E. F. Jones, doch hoffen die Aerzte, Frau Jones und zwei von den Kindern am Leben zu erhalten.

Fordwerk für die Schweiz

Basel. — Die Ford Motor Company verhandelt wegen des Kaufes eines Geländes zum Bau einer Fabrik. Das Werk soll wenige Meilen östlich von hier, bei Rheinfelden, errichtet werden, unweit des wundervoll erhaltenen römischen Amphitheaters Augusta Raurocorum.